

STREIT BEI LÄPPLE BEIGELEGT

Die Flucht vor der Mitbestimmung ist beendet

Rudolf Luz: »Im Aufsichtsrat werden nun den Vertretern der Eigentümer-Familien die Vertreter der Beschäftigten gegenüber sitzen.«

Der Läßple-Betriebsrat und ihr Betriebsratsvorsitzender Valentin Luschenz haben turbulente Wochen hinter sich. Nachdem der Vorstand den Versuch aufgeben musste, Luschenz zu kündigen, will man sich jetzt erneut darauf konzentrieren, die Arbeitsplätze zu sichern. Das Unternehmen ist nicht nur durch die Wirtschaftskrise getroffen. Auch unternehmerische Fehlentscheidungen sind eine schwere Last.

Ein Rückblick: Das 1919 gegründete Unternehmen entwickelte sich in den 80er Jahren zu einem führenden Systempartner der Automobilindustrie mit hohen Qualitätsmaßstäben. Das Erfolgskonzept: Läßple legte immer Wert auf eine gute Ausbildung und qualifizierte Facharbeit. Notwendige Veränderungen in der Unternehmensstruktur wurden aber spätestens ab Mitte der 90er Jahre verschlafen.

Eine Neuausrichtung aufgrund veränderter Rahmenbedingungen gab es nicht. »Reformer« im Management mussten gehen oder warfen von selbst das Handtuch, berichtet Paul Spohn. Der patriarchalische Führungsstil unter dem Firmenchef Helmut Läßple blieb. Statt eines Umbaus der Läßple-Gruppe mit weltweit über 5000 Beschäftigten zu einem einheitlichen Konzern folgte die Zergliederung. Die längst überfällige personelle Erneuerung in der Firmenleitung und im Aufsichtsrat unterblieb.



Betriebsrat Valentin Luschenz



Läßple-Beschäftigte – hier bei einer Aktion im Jahr 2006 – stehen geschlossen hinter ihrem Betriebsrat.

Schon damals war der Rat einseitiger Juristen verhängnisvoll.

Die Eigentümerfamilie wollte die paritätische Mitbestimmung nicht. Geld spielte dabei keine Rolle. In Kauf genommen wurden erhebliche steuerliche Nachteile. Millionenbeträge, die jetzt fehlen, wurden an den Fiskus verschenkt. Die Missachtung der Mitbestimmung war nicht nur finanziell ein Desaster.

In Schwierigkeiten. Seit 2005 kommt das Unternehmen nicht mehr zur Ruhe. Mit mehreren Standortverträgen hat die Belegschaft schmerzhaft Maßnahmen mitgetragen, um das Unternehmen zu sanieren. Es folgte ein herber Personalabbau in mehreren Stufen. Eine wirkliche Mitbestimmung wurde aber weiter abgelehnt.

Die aktive Mitgestaltung durch Arbeitnehmervertreter wollte man nicht. »Dies erweist sich jetzt als verhängnisvoll«, meint Jürgen Ergenzinger, der den Betriebsrat betreut. Ein Unternehmen in der Krise ist gerade auf alternative Vorschläge aus den Reihen der Arbeitnehmervertreter angewiesen.

Der Finanzvorstand und der Personalchef wollten dagegen mit dem Kopf durch die Wand. Bereits im Sommer 2008 hatte sich die Auseinandersetzung zugespitzt. Sie mussten feststellen, dass am Betriebsrat und der IG Metall kein Weg vorbei geht.

Zu der Firmenkrise gesellte sich die Wirtschaftskrise, die dem Zulieferunternehmen Läßple nochmals einen Schlag gibt. Während der Betriebsrat konsequent für den Erhalt der Arbeitsplätze eintritt, gibt es offenbar keine erkennbare Strategie des Managements, wie das Unternehmen Läßple nachhaltig gesichert werden kann. Der jetzige Verkauf der US-amerikanischen Tochter ist das Eingeständnis einer weiteren Fehlentscheidung der Vergangenheit, die enorme Kosten verursacht hat.

»Wenn Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten sitzen, werden derartige Entscheidungen genauer geprüft«, meint Rudolf Luz.

Der gescheiterte Rauswurf des Betriebsratsvorsitzenden Valentin Luschenz war der Versuch, einen konsequenten Belegschaftsvertreter auszuschalten. Das vergebliche Ansinnen des Finanzvor-

stands Herkenhoff und seines Personalchefs Anzer sollte den Betriebsrat als Ganzes treffen. Das eindeutige Misstrauensvotum der Belegschaft gegen beide Drahtzieher mit 97 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 94 Prozent ist eine klare Absage. Der seit Ende 2008 amtierende neue Vorstandspräsident Böhmer wird alle Mühe haben, das zerstörte Vertrauen wieder herzustellen.

Inzwischen hat sich der Konzernbetriebsrat konstituiert. Valentin Luschenz wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Um nicht weiter Zeit zu verlieren, werden die Arbeitnehmervertreter vorläufig bis zur Wahl registriergerichtlich bestellt. Einen weiteren Aufschub darf es nicht geben, weil weitreichende Unternehmensentscheidungen anstehen. ■

IMPRESSUM

IG Metall Heilbronn-Neckarsulm, Salinenstraße 9, 74172 Neckarsulm, Telefon 0 71 32 – 93 81-0, Fax 0 71 32 – 93 81-30, E-Mail: neckarsulm@igmetall.de, Redaktion: Rudolf Luz (verantwortlich), Jürgen Ergenzinger